



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Blum, Hans: Vor den sächsischen Landtagswahlen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Gefezzen und scheinen denselben Ursprung zu haben. Die Sonne ruft, indem sie auf das Land und die Gewässer ihre lebenerweckenden Strahlen wirft, dort die Bildung von Kryptogamen und Zoophyten hervor, welche der Ausgangspunkt der Organisation sind.

Der besetzte Keim, der von der Sonne in die soeben genannten Wesen gelegt ist, wächst, indem er vom Zoophyten zur Molluske und weiter zum gegliederten Thiere übergeht; dann entwickelt er sich noch mehr, indem er aus dem gegliederten Thiere sich in den Fisch überträgt. Dieser Seelenkeim wird auf diesem Wege eine unausgebildete Seele, die außer dem Empfindungsvermögen noch einige andere Fähigkeiten in schwachem Grade besitzt. Die Seele hat beim Zoophyten und der Molluske nur Empfindungsvermögen, sie besitzt beim Fische, dann beim Reptil, und weiter beim Vogel die Aufmerksamkeit, das Urtheilsvermögen, immer in gewissem, mit jeder Klasse höher werdenden Maße. Auf der obersten Sprosse der Leiter der Erdenwesen angelangt, das heißt, beim Menschen, ist die Seele im Besitz aller der Fähigkeiten, die hienieden erworben werden können.

Gestehen wir also den Pflanzen das Empfindungs- oder Geföhlsvormögen zu, so ist uns erlaubt, alle Wesen der lebenden Schöpfung mit einander zu verknüpfen und damit unser allgemeines System der irdischen Natur zu vervollständigen.

Vor den sächsischen Landtagswahlen.

In wenig Tagen finden im Königreich Sachsen die Ergänzungswahlen zum Landtag statt; selbstverständlich nur zur zweiten Kammer des Landtags. Denn das sächsische Herrenhaus vergiebt keinen seiner Sitze an Abgeordnete, die aus allgemeinen directen Wahlen hervorgingen. Soweit bei Erschaffung und Erhaltung der sächsischen ersten Kammer überhaupt von einer *ratio legis* die Rede sein kann, liegt die Weisheit des Gesetzgebers klar zu Tage, wenn er bestimmte, daß kein sächsischer Pair durch das demokratische Del directer Volkswahl entweiht werden sollte. Der zarte Schmetterlingsstaub sächsischer Lordschaft würde unwiederbringlich abgestäubt werden, wenn die Befähigung zu einem Sitze in der ersten Kammer an ähnliche bürgerliche Eigenschaften geknüpft wäre, wie diejenige der Abgeordneten zur zweiten Kammer; wenn man überhaupt von Candidaten zur ersten Kammer reden, wenn man sie kritisiren könnte, wenn man von ihnen etwa gar wie von den Candidaten zum Hause der Gemeinen eine gewisse politische Bildung, Gesinnung und Charakterstärke erfordern wollte. Kein Atom von dem Farben-

schmelz sächsischer Lordschaft bliebe auf dem edeln schönen Flügel, der seit den Tagen seiner embryonalen Entwicklung dazu vorausbestimmt war, sich in den Saal der sächsischen Pairie zu schwingen! Schon durch das Gesetz ihrer Zusammensetzung sollte die erste sächsische Kammer hoch über die Zinnen der Partei gehoben werden, in jene seligen Höhen, wo der laute Lärm der Parteien nur ein seliges olympisches Lächeln erweckt, beinahe in jene Bläue, von der aus auch die Weltgeschichte erscheint wie eine winzige Schraube in einer ungeheuren, ewig bewegten Maschine.

Es ist zu befürchten, daß dereinst, wenn die Weltgeschichte an dem Punkte angekommen sein wird, wo auch das sächsische Herrenhaus für immer dahin ist, das Urtheil der Geschichtsforscher über dieses Gebilde sächsischer Staatsweisheit weniger günstig lauten wird, als über den altrömischen Senat. Als eine Versammlung von Königen ist die sächsische Pairie jedenfalls bisher keinem Sterblichen erschienen. Und wenn man berechtigt ist, parlamentarische Körperschaften nach ihren Leistungen und den Thaten ihrer namhaftesten Mitglieder zu beurtheilen, so wird in Betreff der ersten sächsischen Kammer und ihrer Wortführer voraussichtlich auch ein billig denkender Mann zu harten Worten gelangen.

Diese Betrachtungen sind wohl berechtigt in einem Augenblicke, wo die stolzesten Aristokraten der sächsischen ersten Kammer, die Kammerherren von Zehmen, von Erdmannsdorff und von Könneritz von ihrer olympischen Höhe hinabsteigen in den Parteikampf, der sich in Sachsen um einunddreißig erledigte Wahlstiche entsponnen hat, und versuchen, „Conservative“ nach ihrem Sinne auch in die zweite Kammer zu schieben. Natürlich ist die Bethheiligung der gedachten Kammerherren am Wahlkampf nur bildlich zu verstehen. Sie steigen nicht etwa persönlich in Volksversammlungen auf die Tribüne. Man hat zu diesem Zwecke andere Mittel: die Amtsblätter und die Gutsbeamten und sonstige Bediente genug, um „conservative“ Propaganda zu machen und dennoch sich die eigene Unnahbarkeit zu reserviren. Man hat vor Allem zu diesem Zwecke den neuen „Conservativen Verein im Königreich Sachsen“ und sein Organ, die Neue Reichszeitung in Dresden.

Das erste wesentlichste Lebenszeichen des Conservativen Vereins war ein programmartiger Erlaß des Vorstandes dieses Vereins, datirt Dresden d. 24. Juni 1875. Wir erfahren aus dieser Bekanntmachung, daß dieser Verein sich am 24. April d. J. „in einer in Dresden abgehaltenen Generalversammlung,“ (die damals vor aller Welt sorgfältig geheim gehalten wurde) constituirt hat, und daß der Vorstand des Vereins aus den gedachten drei Kammerherren, einem vierten Kammerherrn v. Burgk, einem adligen Rittergutsbesitzer und sechs gewöhnlichen Bürgerlichen, von denen der bekannteste der Landtags- und Reichstagsabgeordnete Hofrath Ackermann in Dresden

ist. Diese Herren verkünden als Streben und Zweck ihres Vereins: „Die Bekämpfung aller extremen Richtungen auf politischem, socialem und kirchlichem Gebiete.“ Sie „betrachten sich nur als ein Glied der großen conservativen Partei im deutschen Reich“ und halten „nur auf den ethischen Grundlagen der göttlichen Weltordnung ein gedeihliches Zusammenleben der Menschen im Staate, eine erfolgreiche Culturentwicklung möglich. Dieses wieder mehr zum Bewußtsein zu bringen, ist die Aufgabe der conservativen Partei.“

Schon diese Sätze verrathen theils eine beneidenswerthe Unkenntniß unumstößlicher Thatsachen, theils eine unleugbare Meisterschaft in der Formulirung beweisloser und nicht zu beweisender Behauptungen. Der conservative Verein setzt sich „die Bekämpfung aller extremen Richtungen auf politischem, socialem und kirchlichem Gebiete“ zur Aufgabe, und er glaubt diese Aufgabe zu fördern, indem er in seinen Vorstand Männer wählt, die, solange sie öffentlich thätig sind, auf dem allerextremsten Flügel der politischen, socialen und kirchlichen Reaction marschirt sind und gekämpft haben. Wo man in Sachsen die schwärzesten Blätter junkerlicher und lutherisch-papistischer Reaction und Gesezmacheret aufzeigt, trifft man ganz unzweifelhaft auf die erlauchten Träger der Namen von Zehmen, von Erdmannsdorff, von Könnert, die heute im Vorstand des conservativen Vereins sitzen. Der Freiherr von Beust in seinem Zusammenwirken mit diesen Herren in der ersten sächsischen Kammer war auf politischem, socialem und kirchlichem Gebiete eine Art Freidenker, in Worten und Phrasen ein nationaler Mann im Vergleich zu diesen drei Aposteln des conservativen Vereins, welche heute „allen extremen Richtungen“ auf diesen drei Gebieten den Krieg erklären. Man mag sich erinnern, wie dann weiter in den jüngsten Jahren Männer, deren conservative Gesinnung wohl auch im „Conservativen Verein“ anerkannt wird, die sächsischen Minister von Friesen, von Nostitz-Wallwitz, von Falkenstein und von Gerber bei wichtigen Reformen der nationalen, politischen und kirchlichen Gesetzgebung auf einen zähen und verbissenen Widerstand in der ersten Kammer gestoßen sind, welcher von den gedachten drei bis vier Kammerherren und ihren Gesinnungsgenossen ausging und unterhalten wurde. Man wird noch nicht vergessen haben, wie König Johann in einer seiner letzten Thronreden diesen Extremsten unter den Extremen seine allerhöchste Mißbilligung schneidig zu erkennen gab. An ihrem extremen Starrsinn sind seither, auch unter König Albert, von der Staatsregierung selbst als dringlich und werthvoll erkannte Reformen gescheitert. Und heute finden sie den Muth, sich offen als die Bekämpfer „aller extremen Richtungen“ aufzuspielen. Wenn dieser Kampf auf Leben und Tod gemeint ist, so kann er nur mit dem Selbstmord der gedachten Herren enden. Denn solange sie leben, lebt das äußerste Extrem reactionärer junkerlicher Präntensionen auf politischem, socialem und kirchlichem Gebiete fort. Man könnte ein-

wenden: die sechs Bürgerlichen im Vorstand des conservativen Vereins würden die Abligen schon etwas weniger extrem machen. Allein dafür ist gar keine Hoffnung vorhanden. Einzig der Bürgermeister Heinrich von Borna und der Hofrath Ackermann in Dresden haben unter diesen sechs Herren mitunter das Bedürfniß, etwas liberal zu schillern. Aber auch sie haben sich „unter Beiseitsetzung aller untergeordneten Meinungsschattirungen“ wie die Uebrigen dem Programm des Vereines angeschlossen, und wir werden gleich sehen, wie weit dieses Opfer des Intellects bei Ackermann geht. Jedenfalls genügt die oberflächlichste Bekanntschaft mit der politischen Vergangenheit und dem Temperament des Kammerherren von Zehmen und Genossen, um sie durchaus erhaben zu halten über den Verdacht, daß sie unter der „Beiseitsetzung aller untergeordneter Meinungsschattirungen“ etwa die Preisgebung jener junkerlichen und particularistischen Velleitäten verstehen sollten, für die sie ihr Leben lang mit äußerster Energie gekämpft haben. Statt der Bekämpfung „aller extremen Richtungen“ haben wir demnach vom sog. „Conservativen Verein“ lediglich die Agitation für junkerliche Interessen und eine von der Weltgeschichte längst verurtheilte politische Anschauung zu erwarten. Hierzu wird sich hoffentlich kein unabhängiger, vernünftig denkender sächsischer Wähler mißbrauchen lassen.

Um sich ein höheres Relief zu geben, stellt der Vorstand des Conservativen Vereins weiter die Behauptung auf, „er betrachte sich als ein Glied der großen conservativen Partei im deutschen Reiche“. Wenn es hieße, daß der Vorstand ein Glied dieser „großen conservativen Partei“ sei, würden wir sagen müssen: er lügt. So aber können wir uns milder dahin ausdrücken: er sagt eine bewußte Unwahrheit. Denn man kann sich doch nur dann als Glied eines Körpers betrachten, wenn dieser Körper existirt. Die Herren vom Vorstand wissen aber sehr genau, daß „eine große conservative Partei“ im deutschen Reiche nirgends existirt. In Preußen beanspruchen den Namen „conservativ“ drei Parteien, die einander durchaus fremd sind: die junkerliche Opposition der Kreuzzeitungspartei, die Freiconservativen und die eben erst in der Bildung begriffene Vereinigung der Männer von alteconservativem Schrot und Korn, welche in den schweren Kämpfen der Zeit sich um König und Kanzler schaaren wollen. Warum sagen uns die Herren von Zehmen und Genossen nicht, welcher „großen conservativen Partei“ in Preußen ihre Herzen am verwandtesten schlagen? Etwa der Kreuzzeitungspartei? Denn die Frei- und Neuconservativen Preußens würden einen Bruderbund mit dem conservativen sächsischem Verein bei einem solchen Programm jedenfalls weit von sich weisen. Herr von Zehmen hat ja in dieser Hinsicht aus der Zeit seines Debüts unter den Freiconservativen im norddeutschen Reichstag persönliche Erfahrungen gesammelt. In Baiern, Württemberg, Baden, Hessen giebt es überhaupt keine conservative Partei. In den thüringischen Staaten und

Braunschweig verfolgt sie, soweit sie vorhanden, rein locale Ziele. Wo steckt also nur um Gotteswillen die „große conservative Partei im deutschen Reiche“, als deren Glied sich die Herren von Zehmen und Gen. betrachten?

Die schlimmste Phrase in dem Programm des Conservativen Vereins ist aber die: es sei „die Aufgabe der conservativen Partei, wieder mehr zum Bewußtsein zu bringen, daß nur auf den ethischen Grundlagen der göttlichen Weltordnung ein gedeihliches Zusammenleben der Menschen im Staate, eine erfolgreiche Culturentwicklung möglich ist“. Wenn der conservative Verein diese löbliche Aufgabe verfolgt, so muß er doch von der Voraussetzung ausgehen, daß bisher dieses Bewußtsein in unserm Volke verdunkelt war. Aber bei welcher Gelegenheit und in welchen Kreisen hat sich diese Verdunkelung gezeigt? Wodurch ist sie hervorgerufen worden? Mit welchen Mitteln denkt der conservative Verein dieses Bewußtsein aufzufrischen? Man erhebt solche Anklagen, welche das Mark der sittlichen Kraft und Würde des eigenen Volkes antasten, nicht, ohne die Ursache, die Symptome der Krankheit und die Heilmittel wenigstens flüchtig anzudeuten. Und was antwortet das conservative Programm auf alle diese Fragen, die es selbst veranlaßt? Nichts. Oder soll etwa die Antwort auf diese Fragen bestehen in der weiteren Anklage des conservativen Vorstandes gegen die deutsche Gesetzgebungsarbeit der letzten acht Jahre? „Das deutsche Volk fängt an zu fühlen, und die Anzeichen dafür treten immer mehr zu Tag, daß die Wege, auf denen es bisher unter der Leitung eines einseitigen Parteidoctrinarismus in seiner Gesetzgebung geführt ist, zu einem nicht unwesentlichen Theile nicht zu seinem Heile dienen, daß insbesondere die Gewerbegesetzgebung, die mit der Armenversorgungsfrage eng zusammenhängende Gesetzgebung über Freizügigkeit und Unterstützungswohnitz, die Art und Weise der Durchführung der neuen Gesetzgebung über die Metallwährung u. s. w. den Wohlstand des deutschen Volkes schwer geschädigt hat.“ Man kann nicht gut naiver seine absolute Unfähigkeit bekunden, die Gründe der großen deutschen Wirthschaftskrisis zu erkennen, als in diesen Worten. Es kann nicht Aufgabe dieser Blätter sein, der kindischen Nationalökonomie der Herren vom Vorstande des Conservativen Vereins näher zu treten. Auch in den Hundstagen ist unser Publikum zu ernst für solche Scherze. Aber für die Frivolität der Ankläger, der deutschen Gesetzgebung, für das Maß ihrer Wahrheitsliebe ist dieser Satz höchst lehrreich. Das deutsche Volk sagen sie, ist bisher „in seiner Gesetzgebung unter der Leitung eines einseitigen Parteidoctrinarismus geführt worden“. Als erstes Beispiel dieser Art von Gesetzesmacherei „unter der Leitung eines einseitigen Parteidoctrinarismus“ wird die Gewerbegesetzgebung genannt. Damit kann nur die deutsche Gewerbeordnung gemeint sein. Sie stammt bekanntlich aus dem Frühjahr 1869. Damals waren Herr von Zehmen und Herr Hofrath Ucker-

mann, die heute in dieser Weise über die Reichsgesetze und die ganze Thätigkeit des Reichstags und des Bundesraths urtheilen — denn dessen und des Kaisers Zustimmung gehört doch bekanntlich auch zu den vom Reichstage beschlossenen Gesetzen — Mitglieder des Reichstags. Man schlägt die stenographischen Berichte der Session auf und sucht begierig die Stellen, in denen die Warnungen des Herrn von Zehmen, des Herrn Hofrath Ackermann niedergelegt sind vor den unheilvollen Wegen, den der Entwurf der deutschen Gewerbeordnung unter Leitung eines einseitigen Parteidoctrinarismus damals zu wandeln im Begriffe stand. Vergebens! Herr Hofrath Ackermann ist bekanntlich ein munterer Sprecher. Er sprach bereits in der Stunde seines Eintritts in den Reichstag. Auch Herr von Zehmen grollte mitunter einmal, wenn der Reichstag zu nahe an grünweiße Eigenthümlichkeiten rührte. Aber bei den langen und eingehenden Debatten über die Gewerbeordnung fließt nur einmal ein Wort aus dem Munde der Herren. Sie beantragen, die Handlungsdiener den Gewerbegehilfen in gewerberechtlicher Hinsicht gleichzustellen. Das ist Alles. Unter den Stimmen, welche die Gewerbeordnung im Ganzen annehmen, befinden sich auch die des Herrn von Zehmen, des Herrn Ackermann. Ja, ein Dresdner Journalist, der sich damals (und heute noch) der ganz besonderen Vertraulichkeit mit Herrn Hofrath Ackermann erfreute, schrieb damals in den „Dresdner Nachrichten“, die deutsche Gewerbeordnung sei lange nicht so freisinnig wie die sächsische, Sachsen müsse dem Bunde zu Liebe wieder einmal ein paar Schritte rückwärts thun. Heute wird diese Gesetzgebung von den Herren, die sie mit gemacht haben, der Leitung eines einseitigen Parteidoctrinarismus zugeschrieben. Man könnte den Herren ihre Abneigung gegen eine wahre Darstellung der Thatsachen auch an den andern von ihnen gewählten Anklagen gegen die deutsche Gesetzgebung deutlich machen. Man könnte Herrn von Zehmen fragen, wo seine Verwahrungen gegen das deutsche Freizügigkeitsgesetz niedergelegt seien? Man könnte Herrn Ackermann in Erinnerung bringen, daß seine Opposition gegen das Unterstützungswohnstättengesetz in der Hauptsache nur dessen nationaler Tendenz, der Errichtung des Bundes-Heimaths-Amtes, gegolten habe. Man könnte ihm ferner nachweisen, daß er am wenigsten berechtigt ist, über eine „Schädigung des Wohlstandes des deutschen Volkes“ in Folge des Münzgesetzes zu klagen, da nach allgemeiner Ansicht und Erfahrung an dieser Schädigung — soweit sie wirklich vorhanden — diejenigen vor Allem schuld sind, die verhinderten, daß die deutsche Münzreform gleichzeitig mit der Bankfrage, und zwar unter Beseitigung aller Hindernisse, welche die landeshoheitlichen und landesgesetzlichen Münzhoheitsrechte und Bankprivilegien in den Weg legten, gelöst wurde. Diese Art der gesetzgeberischen Regelung strebte die nationale Partei an. Bekämpft wurde sie von Herrn Hofrath Ackermann. Aber es genügt jedenfalls, an diesen

Proben von Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit. Das sind die Männer, welche bei ihren deutschen Mitbürgern ein Wanken der ethischen Grundlagen bemerken. Das sind die Mittel, mit denen sie der göttlichen Weltordnung wieder aufzuhelfen gedenken.

Unsere sächsischen Leser mögen sich vielleicht wundern, daß wir so lange bei dem Juniprogramm des „Conservativen Vereins“ verweilen. Aber es ist bis jetzt immer noch die einzige offizielle Erklärung der konservativen Partei im Königreiche Sachsen. Das „Organ“ der Partei, die „Neue Reichszeitung“ in Dresden, hat inzwischen die ergößlichsten Commentare zu dem Programm gebracht, welches alle Extreme bekämpfen will „in Treue zum Reich und der demselben gegebenen Verfassung.“ Sie hat Artikel gebracht für die Karlisten in Spanien, für die Ultramontanen in Baiern, gegen den Minister Falk u. s. w. Aber sie hat den Nachweis noch nicht erbracht, daß sie wirklich das Organ des Conservativen Vereins ist. Auf der neuesten konservativen Versammlung in Chemnitz ist zwar „einstimmig beschlossen worden, enge Fühlung an die Reichszeitung und die von derselben vertretene sächsisch-conservative Partei zu nehmen und zu wahren“. Und der Vorstand des Vereins hat sich bisher von keiner der Thorheiten und Reichsfeindlichkeiten seines „Organs“ öffentlich losgesagt. Aber trotz alledem kann die Reichszeitung bis jetzt nach sächsischen Gewohnheiten keineswegs als amtliches Organ des Conservativen Vereins gelten. Denn wenn sich die sächsische Regierung eine königliche Leipziger Zeitung hält, die von königlich sächsischen Beamten redigirt, überwacht, geschrieben und inspiciert wird, ohne daß die Regierung für die politischen Artikel und Meinungen des Blattes sich irgendwie verantwortlich hält — warum sollte dem Conservativen Verein der Luxus einer ähnlichen Unabhängigkeit von den Leistungen seines Organs zu versagen sein?

Eine höchst eigenthümliche Colorirung hat die Reichstreue des Conservativen Vereins und seines Programms freilich auf der Versammlung in Chemnitz aus dem Munde der Herren v. Erdmannsdorff, v. Friesen u. s. w. erfahren. Eine Reichstreue, die mit der offenen Erklärung beginnt, daß die Herren in Chemnitz den Reichskanzler Fürsten Bismarck ihrer Feindschaft versichern, darf sich getrost neben die Reichstreue der Ultramontanen und Socialdemokraten stellen. Die Heißsporne, die ihre geheimen Gedanken auf diese ungeschickte Weise herauspolterten, sind nicht etwa aus der Versammlung eliminirt, sondern von ihren Zuhörern mit Beifall begleitet worden. Gleichwohl wird der Verein als solcher für diese Aeußerungen einzelner Mitglieder sich bei guter Gelegenheit als nicht verantwortlich erklären. Darum verwiesen wir auf das offizielle Programm des Vereins und versuchten den Nachweis, daß es durchdrungen sei von der tiefsten Unwahrhaftigkeit und Heuchelei. Auch in unserm an doppelzüngiger Schönrednerei und charakterloser Haltung politischer Männer

— Dank dem Beuß'schen Regimente — so reichen Lande dürfte eine so dreiste Mystification der öffentlichen Meinung, wie sie in diesem Programm versucht wird, selten ihres Gleichen gehabt haben. Und es steht zu hoffen, daß der gesunde deutsche Sinn der Bevölkerung des Königreichs, der im letzten Jahrzehnt so erfreulich gewachsen ist, keinen Abgeordneten in die zweite Kammer wählt, der sich zum Conservativen Verein, d. h. zu Männern rechnet, die in der ganzen großen Zeit nichts gelernt und nichts vergessen haben, die als einzig wahres Wort in ihrem ganzen Programm verkünden: „Daß sie nicht scheuen, zum Alten zurückzukehren“, d. h. unser Sachsen allein im deutschen Lande zum Tummelplatz einer engherzigen junkerlichen Reaction zu machen.

Die Vollständigkeit der Darstellung würde erfordern, die Parteien nuncmehr ins Auge zu fassen, die der Conservativen Partei bei den Landtagswahlen entgetreten, und zu untersuchen, wie es gekommen ist, daß die Liberalen nicht in geschlossener Phalanx an der Wahlurne erscheinen, sondern sich in manchem Kreise als Gegner, mit nationalliberalen und fortschrittlichen Wahlcandidaten gegenüber treten. Aber im Interesse des Friedens in den Wahlkreisen, wo Compromißcandidaten von beiden liberalen Parteien angenommen sind, sei diese Betrachtung verschoben. Vielleicht steigt auch Ungefihrts des Treibens der Conservativen Partei einige Röthe der Scham in die Wangen derjenigen Fortschrittmänner, die bisher sich zu Bundesgenossen der reactionären und antinationalen Intriguen der sächsischen Junker gegen die nationalen Abgeordneten machten, und hindert die Erneuerung eines gleich kläglichen Verhaltens. Aber soviel muß doch heute noch gesagt sein: hier, an der südwestlichsten Grenze der deutschen Marken, wo man täglich herzerhebende Beweise erhält von dem reifen politischen Leben Badens, wo man beobachten kann, wie in dem Lande, das bis lange nach den Revolutionen von 1848/49 weit tiefer als jemals das Königreich Sachsen zerfressen war von wildem Hader der Parteien, wo 1866 noch die nationale Partei in der Minderheit war, heute Fürst und Regierung und Volk, die mehr radicalen und mehr nationalen Liberalen sich einträchtiglich die Hand reichen zu dem guten Werke, dem gemeinsamen schwarzen Feinde des deutschen Reiches den Garaus zu machen und in Pflicht und Strenge die Arbeit für den deutschen Staat zu thun: da kann man sich oftmals des Gefühls der Beschämung nicht erwehren, wenn man von der Heimath hört. Nörgeleien, wie sie die fortschrittlichen Führer und Organe, mitten in den Vorbereitungen zum Wahlkampf gegen den Reichsverein und seine Candidaten erhoben, wären unerklärlich, wenn die traurige Wahrheit nicht wahr wäre, daß hinter all den Phrasen und Anmaßlichkeiten der Dresdner Fortschrittspartei lediglich die Ansprüche und Interessen einiger weniger und noch dazu sehr unbedeutender Persönlichkeiten stehen. Auch das badische Land besitzt noch heute seine parlamentarischen

und politischen Achtundvierziger, Männer, die es mit der deutschen Freiheit so warm und aufrichtig meinen, als irgend jemand an der Elbe zu irgend einer Zeit. Aber auch im Traume denken sie nicht daran, einen Keil in die große liberale Partei zu treiben oder sich mit den zwei oder drei conservativ-liberal-ultramontan-radicalen Standesherrn zu verbinden, den einzigen im ganzen Lande, die vielleicht das Programm des Herrn v. Bethmen unterschreiben würden. Die Demagogen, die sich dazu hergeben, zählen in Baden zu den verlorenen Deutschen.

Um so tiefer treten solche Wahrnehmungen ans Herz an Tagen wie dem heutigen. Heute vor fünf Jahren entfalteten sich zum ersten Male sächsische Fahnen in offener Feldschlacht im heiligen Kriege gegen Frankreich. Eine der entscheidendsten Thaten des Krieges ward von unsern Truppen gethan. In einmüthiger Erhebung stand das deutsche Volk, auch in Sachsen. Einmüthig forderten alle Parteien, daß, was das deutsche Schwert erkämpft, der Frieden gewähren, erhalten müsse. Wohlan: jede Wahl, die wir vollziehen, zum Reichstag, zum Landtag, ist ein Erntetag, an dem wir die köstliche Frucht heimbringen, die in jenen großen Schlachttagen gesäet, mit dem Blute unsrer Landesfinder gedüngt ist, wo wir die Körner gewinnen zu neuer Aussaat, zur Verwirklichung der höchsten Wünsche und Hoffnungen, die damals unser Volk erfüllten. Möchten auch die sächsischen Wahlen Zeugniß davon geben, daß die Pflichten unvergessen sind, die uns der große Krieg auferlegte. Möchten Männer aus den Wahlen hervorgehen, die entschlossen und befähigt sind, mit deutschem Sinn und deutschem Fleiß zu arbeiten an dem Gedeihen, der Wohlfahrt, der freiheitlichen und nationalen Entwicklung unsres Landes.

Rheinfelden, am Tage von Gravelotte 1875.

Hans Blum.

Die Frankfurter Zeitung und der „Culturkampf.“

Vom Rhein, im August. Das bekannte Schicksal der Redacteurs der Frankfurter Zeitung hat die allgemeine Theilnahme in nicht geringem Grade in Anspruch genommen. Und mit vollem Recht. Denn eine derartige Anwendung des Zeugenzwangsparagraphen des neuen Reichspressgesetzes hatte — nach allen bisherigen Kundgebungen zu urtheilen — wohl Niemand erwartet, und es ist dabei ganz gleichgiltig, ob von demselben das Redactionspersonal einer radical-demokratischen oder einer Kreuzzeitung betroffen wird. Im Gegentheil, im gegenwärtigen Falle tritt für die Regierung noch das Gehässige des wirklich oder vermeintlich „Tendenzlösen“ hinzu. Die „Folter